



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2019/05091**
Datum: 03.04.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Inés Brock
Dr. Bodo Meerheim
Johannes Krause
Andreas Scholtyssek

Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.04.2019	öffentlich Entscheidung
Bildungsausschuss	04.06.2019	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	11.06.2019	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	13.06.2019	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	18.06.2019	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	19.06.2019	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	26.06.2019 28.08.2019 30.10.2019	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat hebt den am 23.03.2017 gefassten Baubeschluss Freiflächengestaltung Schülershof, 1. BA (VI/2016/02570) auf.
2. Die Planungen für die Freiflächen Schülershof werden unter folgenden Maßgaben überarbeitet:
 - a. Das Gymnasium erhält einen abgegrenzten Bereich zur Nutzung als Schulhof, der direkt südlich an das Gebäude der ehemaligen Gutjahrschule grenzt und genügend Schulhoffläche für ca. 450 Schüler*innen bietet.

- b. Für die Aufteilung der Fläche zwischen dem Gebäude der Schule und der Straße „Schülershof“ (siehe zeichnerische Darstellung in der Antragsbegründung) ist zwischen den Nutzungen Gehweg, Ruhender Verkehr und Schulhof ein Kompromiss bei der Flächenaufteilung zu finden. Dem Stadtrat sind hierzu planerische Lösungsvorschläge mit jeweils unterschiedlichen Verteilungen der Nutzungsarten vorzulegen.
 - c. Zu den entwickelten Varianten sind jeweils die Auswirkungen auf die bisher beantragten und für weitere Bauabschnitte vorgesehenen Fördermittel im Bereich Schülershof darzustellen.
3. Die Neuplanung mit Varianten und einer Vorzugsvariante sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

gez. Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

gez. Dr. Bodo Meerheim
Fraktionsvorsitzender
Fraktion DIE LINKE

gez. Andreas Scholtyssek
Fraktionsvorsitzender
CDU/FDP-Fraktion

Begründung:

Das Neue Städtische Gymnasium verfügt im Innenbereich nicht über ausreichend Freiflächen, die als Schulhof genutzt werden können. Die Schule wird bei voller Auslastung ca. 900 Schüler*innen haben, aber nur die Hälfte davon findet auf dem Schulhof im Innenbereich Platz. Deshalb wird vorgeschlagen, einen Teil des als Schülershof bezeichneten Bereiches, der direkt an die Schule angrenzt (ehemalige Gutjahrschule) als räumlich erkennbaren Schulhofbereich herzurichten. Überlegungen, den breiten Gehweg direkt vor der Schule als offenen Schulhof zu nutzen, haben sich aus unserer Sicht als unpraktikabel erwiesen. Insbesondere die Durchsetzung des Hausrechtes gestaltet sich unter diesen Umständen schwierig, weil sich der Schulhof auf einem öffentlichen Gehweg befindet.





Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich
Stadtentwicklung und Umwelt

19.Juni 2019

Sitzung des Stadtrates am 26.06.2019

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur
Neuplanung eines Schulhofes für das Neue städtische Gymnasium im Bereich
Schülershof**

Vorlagen-Nummer: VI/2019/05091

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Zu 1.

Auf der Basis des Baubeschlusses wurde die bereits vorliegende Ausführungsplanung erstellt. Er bildet die Grundlage für die bauliche Umsetzung der Umgestaltung des Schülershofs. Bei Aufhebung des Baubeschlusses entfällt die Grundlage der Umsetzung des Förderprojektes, was einen finanziellen Schaden für die Stadt von ca. 300 T€ bedeutet (233.330 € Rückzahlung Fördermittel, 44.226 € verlorene Planungskosten, 23.783 € erfolgte Zinszahlung).

Zu 2.

Die unter 2. gewünschten eingegrenzten Schulhofflächen zur alleinigen Nutzung durch das Gymnasium kann die Verwaltung rechtlich nicht umsetzen.

Der Parkplatz und der öffentliche Gehwegbereich zwischen südlicher Gebäudewand und den Hochbeeten ist öffentlich gewidmete Verkehrsfläche.

Die Entwidmung der öffentlichen Flächen ist nicht möglich, da sowohl die Verkehrsbedeutung nicht entfallen ist und auch kein überwiegendes öffentliches Interesse zur Aufhebung der Nutzung besteht.

Der Vorschlag der Verwaltung bestand und besteht noch immer darin, die Fläche direkt vor dem Gymnasium (700m² zwischen Gebäude und Hochbeeten) als offenen Pausenhof zu gestalten. Die Hochbeete begrenzen den Raum über die gesamte Länge, die Zugänge über die Hochbeete werden baulich geschlossen und es erfolgt eine optische gestalterisch ansprechende Abgrenzung der Fläche. Eine physische Abgrenzung der beiden Zugänge an den Stirnseiten während der Pausenzeiten soll in Abstimmung mit der Schule praktikabel ermöglicht werden, so dass kein zusätzliches Aufsichtspersonal erforderlich ist.

Die Schule erhält eine vertragliche Regelung, nach der das Hausrecht ausgeübt werden kann, so wie es in anderen Städten ebenfalls funktioniert.

René Rebenstorf
Beigeordneter



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

18. April 2019

Sitzung des Stadtrates am 24.04.2019

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur
Neuplanung eines Schulhofes für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich
Schülershof**

Vorlagen-Nummer: VI/2019/05091

TOP: 9.7

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Bildungsausschuss, den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligung und Liegenschaften und den Hauptausschuss zur Vorberatung.

Begründung:

Im Ausschuss sollte beraten werden, welche rechtlichen Konsequenzen sich aus der dauerhaften Einzäunung öffentlicher Flächen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ergeben.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister